

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Kerschmann Dresden
Hauptredaktion: Kerschmann Dresden
Kassier: Kerschmann Dresden
Verlagsleitung: Kerschmann Dresden

Druckerei: Kerschmann Dresden
Hauptredaktion: Kerschmann Dresden
Kassier: Kerschmann Dresden
Verlagsleitung: Kerschmann Dresden

Druck u. Verlag: Kerschmann & Kerschmann
Dresden, Postfach 110, 1063 Dresden
Hauptredaktion: Kerschmann & Kerschmann
Verlagsleitung: Kerschmann & Kerschmann

Boncour verkündet Frankreichs Plan

Rede in Genf gegen Berufsarmee

Genf, 4. Nov. Das Büro der Abrüstungskonferenz hörte heute in einer Sonder Sitzung vor überfülltem Saale die große Erklärung des französischen Kriegsministers Paul Boncour über den neuen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan an. Paul Boncour sprach eine Stunde lang frei mit großem rhetorischem Aufwand. Er führte unter anderem aus: Frankreichs Plan über die Neuregelung der Sicherheits- und Abrüstungsfrage hat bereits nach den Darlegungen Herrriots die Zustimmung der großen Mehrheit der Männer der Kammer gefunden. Die Lösung muß jedoch jetzt gemeinsam von allen Völkern gefunden werden, um künftig endgültig die Wiederholung von Katastrophen unmöglich zu machen.

Der „Französische Plan“ steht zwei Kreise von neuen vertraglichen Vereinbarungen vor.

Der erste Kreis plant eine allgemeine, alle Völker umfassende Verpflichtung, die im wesentlichen auf den Vriand-Kriegslogik-Vertrag aufgebaut ist. Der Redner wies hierbei auf die Erklärung Simons hin, nach der der Kellogg-Vertrag logisch weiter in der Richtung ausgebaut werden müsse, daß in Zukunft der angreifende Staat außerhalb des Rechts gestellt werde und ihm jede wirtschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit, die in der modernen Zeit für die Kriegsführung so entscheidend sei, entzogen würde. Diese allgemeine Vereinbarung würde die Gedanken des Kellogg-Paktes aufnehmen und zu einer neuen allgemeinen Sicherung des Friedens führen. Der zweite Kreis der vertraglichen Vereinbarungen soll, so führt Paul Boncour fort, vom Völkerbundvertrag und Locarnovertrag ausgehen, ohne daß eine textliche Veränderung dieser Verträge stattfindet. Nach dem französischen Plan soll zwischen gewissen Staaten, besonders den europäischen Festlandsstaaten, die durch enge Nachbarschaft und Geschäfte miteinander verbunden sind, ein Vertrag der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung abgeschlossen werden, um damit das größere Risiko der Kriegsdrohung unter sich auszuschießen und, falls notwendig, in kürzester Frist diesem Risiko mit den geeigneten Kräften entgegenzutreten zu können. Ein solcher Vertrag muß besonders zwischen solchen Nationen abgeschlossen werden, deren beiderseitige Grenzen in den letzten Jahrhunderten oft überschritten worden sind. Ein derartiger Vertrag muß eine bestimmte Form der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung des Geistes, die entscheidende Herabsetzung der Wehrmacht und die Schaffung einer internationalen, dem Völkerbund zur Verfügung stehenden Streitmacht zum Gegenstand haben. Im Rahmen des Völkerbundes muß jetzt die Form für das Gees gefunden werden, die die gleiche Sicherung allen Völkern gibt.

Die bisherigen Versuche, Vergleichsmachtstöße für die Truppenmacht der einzelnen Länder zu schaffen, sind auf außerordentliche, zunächst unüberwindbare Schwierigkeiten gestoßen. Jedoch muß diese Vereinfachung des Gees von dem Gedanken ausgehen, daß jede militärische Macht relativ ist und daher auch die Herabsetzung nur relativ sein kann. Eine scharfe Unterscheidung muß auch zwischen dem Gees und den Polizeitruppen gefunden werden. Die großen bisher noch ungeklärten Schwierigkeiten über die endgültige Beschränkung der schweren Artillerie und Tanks müssen überwunden werden. Das bewegliche Kriegsmaterial muß im wesentlichen der internationalen Streitmacht zur Verfügung gestellt werden, die zur Abwehr des ersten Angriffsverstoßes eingesetzt werden soll. Die Frage der künftigen Form der Gees ist für die mitteleuropäischen Mächte von entscheidender Bedeutung.

Die Berufsarmee bilden infolge ihrer langjährigen Ausbildung und Durchorganisierung eine Angriffs- waffe von entscheidender Bedeutung, die den Gees der anderen Mächte überlegen ist.

Die Vereinfachung der Gees gleichzeitig mit der Einschränkung der bisherigen Mobilisierung des ganzen Volkes im Angriffsfall an Stelle der Berufsarmee und die internationale Streitmacht des Völkerbundes bilden die entscheidende, bisher noch nicht geschaffene Brücke für den Frieden. Die Überlegenheit der Bevölkerungsmassen darf in Zukunft nicht mehr zu einer größeren Abrüstungsüberlegenheit führen. Die großen europäischen Festlandsstaaten müssen jetzt zu einem gleichen Typus ihrer Armeen gelangen. Das Ziel darf jedoch nicht die Schaffung gleichförmiger Gees- typen sein, sondern entsprechend dem Hooverplan müssen die Verteidigungskräfte gehärtet und die Angriffskräfte der Länder herabgesetzt werden. Der „Französische Plan“ sucht eine Synthese zwischen den englischen, italienischen und amerikanischen Abrüstungsvorschlägen.

Auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens muß eine internationale Aufsichtsmacht des Völkerbundes zur Verfügung gestellt werden, um ein sofortiges Einschreiten des Völkerbundes gegen den angreifenden Staat zu ermöglichen.

London für Kontrolle der Zivilluftfahrt

London, 4. Nov. „Daily Mail“ berichtet: Der Rabinetsunterausschuß für die Abrüstungsfrage hielt gestern Abend eine Sitzung ab. Heute wird wahrscheinlich das Kabinett in einer Sonder Sitzung den Entwurf der britischen Vorschläge prüfen, die der Außenminister nächste Woche in Genf unterbreiten wird. Bezüglich der Ab- stimmung in der Luft hat, wie verlautet, der Außenminister

persönlich folgende Vorschläge ausgearbeitet und dem Unterausschuß vorgelegt:

1. Die Bomben- und Kampfflugzeuge aller Länder seien entweder ganz abzuschaffen oder aber sehr weit einzuschränken;
2. aller Handelsluftverkehr wird künftig einer internationalen Kontrolle unterstellt;
3. die Zahl der in privatem Besitz befindlichen Flugzeuge wird für jedes Land kontingentiert.

„Daily Mail“ bemerkt dazu, gegenwärtig bestche im Kabinett keine volle Einigkeit. Es sei noch nicht sicher, ob der Plan Billigung finden werde.

v. Baven: Der Ernst der Gleichheitsfrage

Paris, 4. Nov. Reichskanzler von Baven hat einem Berliner Mitarbeiter des „Excellior“ auf verschiedene aktuelle Fragen geantwortet. Der Reichskanzler gab seiner festen Hoffnung Ausdruck, die ihm gestellten Aufgaben durchführen zu können, andernfalls würde er nicht eine Sekunde länger an der Regierung bleiben. Zum Gleichheitsproblem äußerte er sich wie folgt: Der Reichskanzler aus, es handle sich um das Recht, genau das gleiche tun zu können, wie die anderen. Auf die Bemerkung seines Befragten, daß die Reparationsfrage vielleicht eine Notwendigkeit für Deutschland gewesen sei, aber die Gleichheit in der Abstraktion materiell nicht den selben ersten Charakter tragen dürfe, erwiderte der Reichskanzler:

Im Gegenteil, einen noch ernsteren Charakter!

Zunächst haben wir Anspruch auf materielle Sicherheit. Abgesehen davon, ist es eine Frage der Selbstachtung. Der Besucher wies den Reichskanzler darauf hin, daß zwischen Paris und Berlin großes Mißtrauen herrsche. Der Reichskanzler erwiderte, mit Mißtrauen werde man niemals eine gute Politik treiben können. In Kaufman habe er mit Herrlot eingehende freimütige Unterredungen gehabt. Herrlot währte, wie er das Problem der deutsch-französischen Beziehungen ansche. Auf den konstruktiven Plan Herrlots einzugehen, lehnte der Reichskanzler mit dem Hinweis ab, daß er den Plan erst genau kennen müsse; vielleicht bilde er eine Diskussionsgrundlage.

Der Berliner Verkehrsstreik vor dem Ende

Ein Todesopfer bei Zusammenstoß

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Nov. Nachdem nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des im Berliner Verkehrsstreik gefallenen Schiedsspruches vorliegt und inzwischen auch den Streikenden durch Anschläge nicht nur in den Arbeitsräumen, sondern auch in der Nähe der Arbeitsräume und vor allem an den Vorfahrtspunkten bekanntgegeben worden ist, ist mit der Wiederaufnahme des Berliner Verkehrs im Laufe des heutigen Tages noch zu rechnen.

Die Direktion der BVG hat die Streikenden aufgefordert, sich heute nachmittags 1 Uhr zur Wiederaufnahme des Dienstes zu erheben. Sie nimmt allerdings an, daß der Verkehr in vollem Umfange erst in den Abendstunden wieder aufgenommen werden könne. Die Zahl der Arbeitswilligen, die bereits heute morgen in die Bahnhöfe und Werkstätten zurückgekehrt war, ist so groß, daß man bereits am Nachmittag einen umfassenden Teilverkehr, der allerdings noch unter polizeilichem Schutz stehen wird, annehmen kann. Zunächst wird es sich darum handeln, die Straßenbahnlinien soweit als möglich wieder zu beschaffen. Danach kommt die Aufnahme des Autobusverkehrs. In den Abendstunden dürfte sich der Verkehr auf der Untergrundbahn wieder anschließen. Die erreagte Stimmung, die bei den Arbeitnehmern herrscht, ist auch

In einem schweren Zusammenstoß

zum Ausdruck gekommen, der sich heute früh vor dem Straßenbahnhof in Berlin-Schöneberg ereignete. Hier hatte sich eine größere Gruppe von Demonstranten angelammt, um das Ausfahren von Straßenbahnen zu verhindern. Die anrückende Polizei, die insbesondere auch deshalb eintrifft, weil man einen Zeitungswagen des „Vorwärts“ umgeworfen hatte, wurde mit Steinen beworfen und antwortete darauf mit dem Gebrauch der Schußwaffe. Hierbei wurde der Nationalsozialist Kurt Reppel erschossen. Kurz darauf kam es in anderen Teilen Schönebergs ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten, die zum Teil auch Nationalsozialisten bestanden, und der Polizei, wobei ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Hierbei wurde der 28 Jahre alte Helmut Schulz, ein Mitglied der NSDAP, durch eine Kugel schwer verletzt. Innerhalb der kommissarischen preussischen Staatsregierung hat man Erwägungen darüber angestellt, ob der wilde Streik

Kein Versammlungsverbot vor der Gemeindevahl

Die lässlichen Vorstellungen finden Gehör

Dresden, 4. Nov. (N.) Nach einer der lässlichen Reglerung am Freitagvormittag zugegangenen Mitteilung ist dem Wünsche Sachsens auf Abänderung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November 1932 entgegen zu kommen und dem § 1 der Verordnung folgender zweiter Absatz angegliedert worden:

Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen sind ermächtigt, Ausnahmen von der Vorschrift des Absatz 1 für solche öffentliche politische Versammlungen in geschlossenen Räumen zuzulassen, die der Vorbereitung von Wahlen zu öffentlichen Körperschaften dienen, sofern diese Wahlen im November 1932 stattfinden.

Die lässliche Reglerung wird im Hinblick auf die am 13. November stattfindenden Gemeindevahlen von dieser Ermächtigung Gebrauch machen und sofort eine entsprechende Verordnung für die Zeit bis zum 12. November einschließlich erlassen.

Der Streit um die Dienstwohnung Brauns

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Nov. Der frühere preussische Ministerpräsident Brauns hatte sich auf seinem jänkischen Presse-Empfang darüber beschwert, daß man ihm seine Dienstwohnung im Gebäude des Staatsministeriums in der Wilhelmstraße vorenthalte. In dieser Beschwerde Brauns wird heute vom Reichskommissar für Preußen festgestellt, daß Brauns auf ausdrücklichen Wunsch Brauns die in dem betreffenden Gebäude vorhandene Dienstwohnung in Amtsräume umgewandelt wurde und daß Brauns für die von ihm benutzte Privatwohnung ein entsprechendes Wohnungsgeld erhielt.

Kreuger-Direktor zu Zwangsarbeit verurteilt

Stockholm, 4. November. Das Amtsgericht verurteilte heute den Kreugerdirektor S. Waldt zu einem Jahr Zwangsarbeit wegen Untreue. Er wurde außerdem verpflichtet, der Continental Investment Corporation 397 500 000 französische Franken zurückzugeben.

nicht als ein hochwertigeres Unternehmen im Sinne des Strafgesetzbuches anzusehen sei.

Man steht auf dem Standpunkt, daß der Berliner Verkehrsstreik nach dem Willen der ihn schürenden politischen Parteien zweifellos zur Herbeiführung von Unruhen dienen sollte, um so der kommissarischen Staatsregierung und insbesondere auch der Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen. In unterrichteten Kreisen hält man es für nicht ausgeschlossen, daß die Einstellung eines Verfahrens wegen hochwertigeren Unternehmens gegen eine Reihe maßgeblicher Funktionäre der kommunistischen roten Gewerkschaftsopposition erfolgt. Nach dem § 86 des Strafgesetzbuches wird ein hochwertigeres Unternehmen mit Inhaftung bis zu drei Jahren bestraft. Außerdem wird die Teilnahme an einem solchen Unternehmen, also im vorliegenden Fall die Beteiligung an der Streikleitung sowie die Organisation des Streiks, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Das Ergebnis der Prüfung dieser Frage an den zuständigen preussischen Stellen wird schnellstens bekanntgegeben werden.

Wähler sind im Verlauf des Verkehrsstreiks rund 270 polizeiliche Festnahmen vorgenommen worden.

Die große Mehrzahl der Verhafteten ist allerdings wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nur gegen einige Personen werden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Sachbeschädigung usw. Strafverfahren eingeleitet werden.

Die an dem Streik beteiligten Kommunisten und Nationalsozialisten haben für den heutigen Nachmittag Versammlungen einberufen, so daß also von den Anhängern dieser beiden Gruppen kaum zu dem von der Berliner Verkehrsgesellschaft festgelegten Termin die Arbeit aufgenommen werden dürfte. Die Berliner Verkehrsgesellschaft schiebt aber aus der Tatsache, daß 4000 Personen sich überhaupt gegen einen Streik ausgesprochen haben, daß ihr im Laufe des Nachmittags genügend Arbeitswillige zur Verfügung stehen werden, um den Verkehr in Gang zu bringen. Diese Hoffnung wird auch durch einen Beschluß der freien Gewerkschaften verstärkt, die ihre Mitglieder aufgefordert haben, sich unbedingt zur Fortsetzung der Arbeit bereitzustellen. Die Polizei hat alle Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten. Die einzelnen Straßenbahnwagen werden in den am meisten gefährdeten Straßen von Polizeistreifenwagen begleitet werden.

Epkamp Melcher Jähnic W. Hill Brenden Friedrick Sohn Kersten Tausch hier Paulsen Sandor-on Wengfeld Ruhbeck Augustin Thleme Othert Reasig v. Heudrich Schrollby Wagners-ri Schumann rcke Holm an 4,11 Uhr 51-70 b. 11 431-400 an weiß silbr

antheater ener Blut te von Johns Strauß inner Blut

Theater rry Lossell in Dubarry die P. Kiepler Werminsky C. Millischer Mackeben Horriana Rucholl alsard Gmther Kieber Eggerih Stahlberg Hoff Rainer Lossell Biron Hendrik Möller Pescher Lange illeSchornstein Langew gen 11 Uhr 191-210 de Dubary